

Grabkranz als Morddrohung

Der verfolgte kolumbianische Journalist Hollman Morris erhält den Nürnberger Menschenrechtspreis

Von Matthias Knecht (epd) (22.09.2011, 11:51)

<https://docs.google.com/document/d/1ZOCV2SHgsBedHHKLCYWX5xB-IclvwOj4Fx2KA0t4O7E/edit?hl=de>

Angezeigtes Dokument: item.00844785

Erschienen in: Basisdienst

am: 22.09.2011, 11:51

Schlagworte: Kolumbien, Menschenrechte, Auszeichnungen, KORR

Priorität: 3 - Vorrang

Erscheinungsnummer: 110922107

Grabkranz als Morddrohung - Der verfolgte kolumbianische Journalist Hollman Morris erhält den Nürnberger Menschenrechtspreis
Von Matthias Knecht (epd) =

Mexiko-Stadt (epd). Er erhält Morddrohungen per E-Mail oder als Grabgebinde vor seiner Haustür. Der kolumbianische TV-Journalist Hollmann Morris deckt in seiner Heimat seit Jahren Gräueltaten eines über 40 Jahre währenden Bürgerkriegs auf. Das hat ihm Feinde auch an hohen Stellen eingebracht. Am Sonntag erhält der 43-Jährige den Internationalen Menschenrechtspreis der Stadt Nürnberg. "Das ist eine Anerkennung für all die Menschen, die verfolgt werden, weil sie unabhängigen Journalismus betreiben oder weil sie sich für die Menschenrechte einsetzen", kommentiert er seine Ernennung.

Er hoffe, dank der Anerkennung aus Deutschland seine mehrfach preisgekrönte Fernsehsendung "Contravía" (gegen die Fahrtrichtung) fortsetzen zu können, sagt Morris dem epd telefonisch aus Washington. Denn seine Produktionsfirma stand kurz vor der Pleite, zu retten ist die Sendung nur mit Spenden. Seit 2003 berichtet Morris darin über die Menschen, die in Kolumbien unter die Räder kommen: vertriebene Kleinbauern, verfolgte Gewerkschaftler, ermordete Oppositionelle.

Als einer der ersten hat Morris die heimlichen Verbindungen zwischen Kolumbiens Regierung und den paramilitärischen Todesschwadronen dokumentiert. Mehrmals beschimpfte ihn Ex-Präsident Álvaro Uribe (2002 - 2010) öffentlich als Terroristen und Freund der Guerilla - ein Freibrief für die Paramilitärs. Seitdem sind Morris und seine Familie ihres Lebens nicht mehr sicher. Morris' Kinder wurden nur noch im gepanzerten Wagen und mit Leibwächter zur Schule gebracht.

Vor einem Jahr, als sie es nicht mehr aushielten, ging Morris samt Familie in die USA, mit Hilfe eines Harvard-Stipendiums. Das Wort "Exil" vermeidet der Journalist. "Wir machen eine Pause, denn die ständige Bedrohung hat uns erschöpft. Unser Lebensprojekt bleibt aber in Kolumbien." Auch jetzt noch erhält Morris täglich über Internet und Telefon Schmähungen, alle paar Monate auch Morddrohungen.

Die Sendung wird derzeit von seinem Bruder Juan Pablo und einem jahrelang eingespielten Team betreut. Doch Morris will zurück und weitermachen. Denn Stoff gibt es genug. Knapp fünf Millionen Menschen wurden in den vergangenen Jahren von ihrem Land vertrieben. Rund 17.000 Kinder werden Menschenrechtlern zufolge von Guerilla oder Paramilitärs als Handlanger, Boten oder gar Soldaten eingesetzt.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen mehr als 3.600 Soldaten und Polizisten wegen Verdachts auf Tötung oder Mord, darunter auch die von Morris und anderen Journalisten denunzierten Fälle von "falschen Positiven": Tausende meist junge Zivilisten wurden von der Armee erschossen, um sie anschließend als im Kampf getötete Rebellen auszugeben.

Das alles ist das Vermächtnis von Uribes Regierung. Er war einer der populärsten Präsidenten Lateinamerikas, denn er machte Kolumbiens Städte wieder sicher, während sich die Lage auf dem Land verschlimmerte. Doch wer Uribe kritisierte, geriet schnell ins Visier, so wie Morris.

Wie man inzwischen weiß, bespitzelte der Geheimdienst im Auftrag der Regierung jahrelang illegal Oppositionelle, Abgeordnete und sogar die obersten Richter des Landes. Die Erkenntnisse gingen an die Paramilitärs, die dann die Schmutzarbeit verrichteten: Drohungen, Psychoterror und Morde. Auch darüber berichtete Morris und präsentierte im Fernsehen unter anderem ein Handbuch des Geheimdienstes, in dem selbst die Texte für anonyme, telefonische Morddrohungen minuziös vorgegeben sind.

Mitte September verurteilte Kolumbiens oberstes Gericht erstmals einen ranghohen Mitarbeiter Uribes: Der frühere Geheimdienst-Chef Jorge Noguera muss für 25 Jahre ins Gefängnis. Doch aufgehört hat die Zusammenarbeit mit den Paramilitärs offenbar auch unter dem seit 2010 regierenden Juan Manuel Santos nicht. Laut einem Bericht der Wochenzeitung "Semana" erhalten paramilitärische Einheiten immer noch illegal erworbene Informationen des Geheimdienstes.

Damit sind auch jetzt noch alle, die die Regierung kritisieren, gefährdet. Alleine 2011 wurden 29 Menschenrechtler ermordet. "Die Bedrohungen gehen weiter", sagt Morris. Santos habe allerdings einen anderen Ton angeschlagen als sein Vorgänger. Nun müsse der Präsident einen Schritt weitergehen und Menschenrechtler, Journalisten und Oppositionelle würdigen. "Wir fordern, dass er uns in der Öffentlichkeit rehabilitiert", sagt Morris entschieden. "Das kann viele Menschenleben retten".

epd kne jup

© 2011 epd(Evangelischer Pressedienst).
Nutzung nur im Rahmen der schriftlichen Vereinbarungen.